

Stg. Nachrichten, 14. April 2010

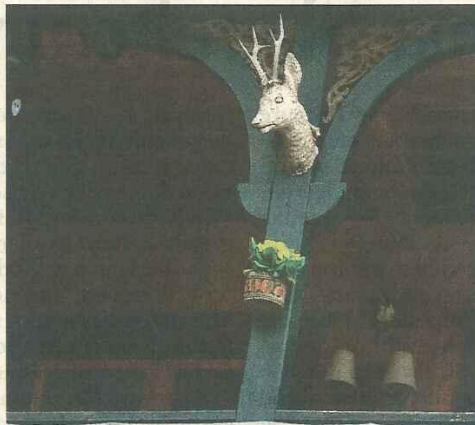
# Hallstatt wird Thema für den Landtag

Resolution soll Lösung für den heiß diskutierten Denkmalschutz für Privathäuser der Gemeinde bringen

ANJA KRÖLL

LINZ, SALZBURG (SN). Kommt er oder kommt er nicht? Der Denkmalschutz für Privathäuser in Hallstatt. Diese Frage beschäftigt seit heute, Mittwoch, nicht nur die 900-Seelen-Gemeinde im Salzkammergut, sondern auch den oberösterreichischen Landtag. Auf SPÖ-Initiative soll eine Resolution an die Landesregierung beschlossen werden. Deren Inhalt: Die Bundesregierung soll auf das Bundesdenkmalamt einwirken, dass dieses „ganze Ortsteile von Hallstatt (Ensembles)“ nur dann unter Denkmalschutz stellen darf, wenn zuvor mit der Gemeinde und den betroffenen Hauseigentümerinnen und -eigentümern ein Einvernehmen über den Umfang des Denkmalschutzes (insbesondere im Innenbereich der Gebäude) hergestellt wurde.

„Die Einwohner Hallstatts haben Angst, dass viele Leute absiedeln könnten. Es nützt nichts, wenn Hallstatt zu einem Museum wird, in dem keiner mehr leben will“, sagt Oberösterreichs SPÖ-Klubobmann Karl Fraiss. Eine Entwicklung, die bei den Hallstättern auf Begeisterung stößt. „Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wir sind gern für Ge-



DENKMALAMT?  
DENK-MAL!  
NEIN DANKE

Plakate zieren Hallstatts Häuser.

Bild: SN/APA/GINDL

sprache bereit“, sagt Ortschef Alexander Scheutz. Einzig beim Thema des Betretungsrechts der Privathäuser durch die Behörde scheint die Gesprächsbereitschaft der Betroffenen enden wollend. „Das ist ein massiver Eingriff in die Persönlichkeitsrechte. Wer garantiert uns, dass die Fotos, die etwa von den Wohnräumen gemacht werden, nicht in falsche Hände geraten“, sagt Scheutz.

Verständnis für ihre Bedenken erhalten die Hallstätter unterdessen von ungewohnter Seite: vom Denkmalamt Salzburg. „Ich kann die Sorgen der Bürger verstehen, auch deshalb, weil wir 1990 eine ähnliche Situation in Hallein hatten“, erklärt Landeskonservator Ronald Gobiet. Zur Erinnerung: 340 Objekte sollten damals unter Denkmalschutz gestellt werden, 80 Prozent waren Privathäuser. „Die Bürger sehen sich mit so vielen Gesetzen konfrontiert, die zum Schutz beitragen sollen, dass sie teilweise den Überblick verlieren. So kann schnell Unmut entstehen“, sagt Gobiet. In Hallein habe man durch behutsames Vorgehen und viele Gespräche mit den Betroffenen schließlich eine Lösung gefunden. Ein Weg, der vielleicht auch die verhärteten Fronten in Hallstatt ein wenig erweichen könnte.